

Protokoll zur Regionalkonferenz im Sozialraum IV am 06.04.2011

Ort: Kastanienschule, Ziegelstraße 20, 14913 Jüterbog

Zeit: 09:00-11:05 Uhr

Anwesende: laut Anwesenheitsliste, in der Ablage der Kinderschutzkoordinatorin

Tagesordnung:

1. Begrüßung

Die aktualisierten Daten werden in die Liste für die nächste Regionalkonferenz und in die Kontaktdatenliste aufgenommen. Alle Anwesenden stimmten der Aufnahme ihrer Kontaktdaten in die Kontaktdatenliste zu. Diese Liste wird mit dem Protokoll allen anwesenden Netzwerkpartnern des SR IV zugesandt. (E-Mailverteiler) und ins Internet gestellt.

Erstmalig anwesend waren: Frau Kulinna vom Gesundheitsamt, Kinder-Jugendgesundheitsdienst und Frau Dommann vom Jugendhilfeträger Menschenskind.

2. Organisatorisches

Wahl des Stellvertreters des SR IV

Die Wahl des Stellvertreters wurde hinfällig, da Frau Kaleita weiterhin als Stellvertreterin des SR IV zur Verfügung steht.

3. Vorstellung verschiedener Professionen/Arbeitsbereiche

Frau Bode stellte die Gemeinde Niederer Fläming, die Gliederung der Verwaltung und ihre Arbeit im Ordnungsamt vor. Die dazugehörigen Handouts sind Anlage des Protokolls und werden als PDF ins Internet gestellt.

Frau Bode wies vorab darauf hin, dass eine Abstimmung mit den anderen Ordnungsämtern nicht möglich war, da die Aufgabenverteilung zum Teil unterschiedlich und nicht vergleichbar ist. Aus diesem Grund bezogen sich ihre Ausführungen ausschließlich auf die Gemeinde Niederer Fläming.

Ergänzend zu den Handouts teilte sie mit, dass das Ordnungsamt als originäre Aufgaben die Gefahrenabwehr und das Herstellen und Erhalten der öffentlichen Sicherheit hat. Dazu zählt auch der Kinderschutz, das Kindeswohl. Sie wies darauf hin, dass bei Straftaten immer Polizei und Staatsanwaltschaften die Ansprechpartner sind. Kritisch schätzte sie ein, dass die Erreichbarkeit des Landkreises bei Ausfällen durch Krankheit (hier die unterschiedlichen Sachgebiete des Jugendamtes und weitere Ämter) unzufriedenstellend sind, weil eine Vertretbarkeit kaum gewährleistet scheint, wenn mitunter auf kurzem Wege Absprachen und Rückmeldungen benötigt werden.

Frau Bode teilte weiterhin mit, dass sie verstärkten Vandalismus bereits bei kleinen Kindern im Vorschulalter beobachtet oder davon Kenntnis erhalte.

Das Mitteilungswesen in der Gemeinde habe sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. So werden konkrete Angaben zu den beteiligten Kindern und Jugendlichen gemacht. Das gibt ihr die Möglichkeit, mit diesen und deren Eltern ins Gespräch zu gehen und einzuwirken. Hier berichtete sie von der intensiven Zusammenarbeit mit der Revierpolizistin, so dass Gespräche auch gemeinsam geführt werden. Frau Bode schreibt über diese Gespräche Protokoll und vereinbart mit den Betroffenen klare Absprachen zur Schadensregulierung.

Die Revierpolizistin gehe auch in die Familien, z.B. bei Vandalismus und thematisiere dies vor Ort. Die sogenannten „Täter“ und deren Eltern werden in die Schadensregulierung eingebunden, machen selbst Vorschläge und setzen diese um. Mit dieser Zusammenarbeit und Vorgehensweise haben sich die Vorkommnisse verringert. Diese „Interne Dorfklärung“ führt zur Verantwortungsübernahme und zeigte zum Beispiel bei Vandalismus in Bushaltestellen gute Erfolge. Die Bushaltestellen sind deutlich weniger beschmiert und verwüstet.

Nachfrage zur Zusammenarbeit mit der Schule: Der Jugendkoordinator der Gemeinde ist in die Zusammenarbeit besonders durch themenbezogene Projekte, z. B. „Gegen Gewalt“, eingebunden. Bei Bedarf, z.B. bei auffälligen Kindern, so schilderte Frau Bode, ist eine gute Zusammenarbeit der beteiligten Fachkräften und dem Jugendamt zu verzeichnen.

Ergänzend zum Thema Schule teilte sie mit, dass bei Schulschwänzern in der Regel zeitnahe Infos an sie erfolgen, so dass sie selbst einwirken kann. In der letzten Zeit habe es aber zur Wiesenschule Oberschule wenig Kontakt gegeben. Daraus lässt sich jedoch keine Ursache ableiten, möglicherweise gibt es von dort keine Schulschwänzer zu melden. Sie wird Kontakt zum dortigen Sozialarbeiter aufnehmen, um die aktuelle Situation besser zu kennen.

Frau Klink ergänzte, dass die Schulen ja auch Infos bezüglich der Schulschwänzer an das Jugendamt machen und somit keiner unbemerkt bleibt. Möglicherweise ist das Schulschwänzen an dieser Schule zur Zeit kein Thema.

Frau Bode beobachtet, dass der Drogen- und Alkoholkonsum zunehme und dass das Konsumverhalten sich verändert habe. Gerade in Sport- Freizeitgruppen und sonstigen Vereinen sieht sie Bedarf der Sensibilisierung. Als Beispiel nennt sie bei Sportveranstaltungen im Bereich der Jugendarbeit, dass sich die Jugendlichen „Alkoholnamen“ wie z.B. Wodka-Trio geben. Sie leistet beständig Aufklärungsarbeit und weist auf das Negative hin, das die Jugendlichen sich selbst geben. Daneben gibt es allerdings auch Rituale, sei es zur Neuaufnahme, Erfolge oder sonstigen Anlässen, die den Konsum von Alkohol befördern. Hier sind auch die Verantwortlichen, Betreuer und Eltern zu sensibilisieren. Teilweise gehen positive Anregungen von den Jugendlichen selbst aus, wie mit dem Konsum von Alkohol im Rahmen der Vereinstätigkeit umgegangen werden könnte.

Darüber hinaus führt sie Belehrungen der Gaststättenbetreiber durch und bei Zeitschriftenhändlern (auch zum Thema Medienschutz).

Ein schwieriges Feld seien Veranstaltungen, da diese oft spät beginnen, wenn nach Jugendschutzgesetz die Kinder/Jugendlichen dort nicht mehr zu sein haben. Die Jugendlichen gehen dabei immer kreativer vor, fälschen Ausweise, schicken Erwachsene zum Alkoholkonsum usw. . Leider gibt es kein einheitliches Vorgehen der Veranstalter. Da diese in Konkurrenz stehen, ist es schwer selbstverpflichtende Maßnahmen abzustimmen. Sie wünschte sich mitunter, dass es wieder eine Sperrstunde gäbe. Eltern würden dann auch sehen, wann und wie ihre Kinder nach Hause kommen.

Bezüglich des Alkoholkonsums der Jugendlichen sind gemeinsam mit der Polizei Präventionsmaßnahmen durchgeführt worden, wie z.B. ein Reaktionstest. Allerdings ist das veränderte Trinkverhalten auch mit den veränderten Angeboten in Zusammenhang zu bringen. Die heute erhältlichen süßen Mischgetränke überdecken die Alkoholwirkung, so dass die Jugendlichen bereits zu viel konsumiert haben, bis eine Wirkung einsetzt. Zudem fahren die jungen Leute früher Auto, haben leichter Zugang zu unterschiedlichsten Drogen und sind in den Elternhäusern teilweise sich mehr selbst überlassen, als dies früher gewesen ist. Dies sind Erfahrungen und Eindrücke von Frau Bode. Bei Eltern erlebe sie eine Zunahme an depressiven Erkrankungen und Überforderung.

In der Jugendarbeit gäbe es selbstverwaltete Einrichtungen mit klaren Regeln, Alkohol- und Übernachtungsverbot. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass bei Zutrauen in deren Eigenregulation auch die Verantwortungsübernahme steige.

Die Kinder und Jugendlichen seien auch bei Geschwindigkeitskontrollen der Polizei eingebunden worden, die erzieherischen Charakter für die Erwachsenen hatten. Frau Bode wünscht sich noch intensivere Zusammenarbeit aller Gremien, teilte aber auch mit, dass sie diesbezüglich von der Kreisverwaltung enttäuscht sei.

Es habe in der Vergangenheit angeregt durch die Mitglieder des Netzwerkes JNND, Zusammenkünfte und Absprachen im Bereich der Jugend- und Jugendsozialarbeit zwischen den Bürgermeistern und Verantwortlichen der Verwaltungen im Sozialbereich bezüglich der geförderten Stellen für die Jugend- und Jugendsozialarbeit gegeben. In gemeinsamen Gesprächen erklärte sich die Gemeinde Niederer Fläming bereit, auf eine halbe geförderte Stelle zu Gunsten einer Stelle in Jüterbog, zu verzichten. Eine weitere zusätzliche halbe Stelle für die Stadt Jüterbog wurde gemeinsam für dringend betrachtet. Für diese gemeinsame Arbeit wurde das Netzwerk und die Gemeinden gelobt. Im Ergebnis wurden in der Gemeinde Niederer Fläming und Dahme je eine halbe geförderte Stelle gestrichen, aber die Stelle in Jüterbog nicht geschaffen worden. Da dies im Rahmen der Regiko nicht bearbeitet werden kann, erfolgte die Absprache, dass Frau Becker-Heinrich das Thema in die Kreisverwaltung mitnehme und den Amtsleiter diesbezüglich anspricht.

Nachtrag: Herr Bührendt, Frau Gussow, Frau Fermann, Frau Zimmermann und Herr Müller wurden per E-Mail am 07.04.2011 von Frau Becker-Heinrich darüber informiert. Frau Bode hat diese Mail cc erhalten.

Eine weitere Sorge sieht Frau Bode bei möglicher Zusammenlegung der Gemeinden. Der enge Kontakt zu den Bürgern ist damit gefährdet, was schon mit Wegfall des Sozialamtes in der Gemeinde spürbar wurde. Die Hürde der Kontaktaufnahme durch die Familien werde damit höher, die Verwaltungsarbeit und der Einsatz der Fördermittel vor Ort schwieriger. Frau Bode äußerte ihre Sorge der Zunahme von Kindeswohlgefährdungen mit dem Prozess der Gemeindereformen.

Ergänzungen der Netzwerkpartner und Nachfragen

Herr Lanzky: meinte, dass er die Ausführungen zum Thema Alkohol gut nachvollziehen kann, wies zugleich darauf hin, dass auch die Konzepte und Strategien der Firmen immer differenzierter werden um die unterschiedlichen Zielgruppen zu erreichen. Er gab den Hinweis, dass der Verkauf z.B. an Tankstellen in bestimmten Bereichen überprüfungswürdig sei (Altes Lager).

Frau Bode: wies in diesem Zusammenhang auf das kürzlich erfolgte Verwaltungsgerichtsverfahren hin, das die Testkäufe durch Minderjährige nun zugelassen habe. Sie ergänzte, dass Vertrauen in die Jugendlichen, Selbstverantwortung und eigene Vorbildwirkung wichtig seien. Maßvoller Umgang mit Alkohol durch Erwachsene – Vorbildwirkung seien notwendig.

Orte für Jugendliche seien nötig, deshalb hat die Gemeinde so viele Jugendeinrichtungen und sorgt für kostenfreie Nutzung der Sporthallen für Kinder und Jugendliche.

Frau Scheer: fragte nach, wie die Gemeinde sich bei Wohnungsräumung verhält.

Frau Bode: teilte dazu mit, dass sich die Familien meist zu spät bei ihr melden, wenn die Räumung schon unmittelbar ansteht. Inzwischen gäbe es Vereinbarungen mit den Räumenden, dass diese frühzeitig das Ordnungsamt informiert, um nach alternativen Möglichkeiten zu suchen. Sie schreibt dann die Familien an und bietet ihre Hilfe an. Mitunter kann so eine Räumung verhindert werden. Meist liegen jedoch massive Mietschulden vor, was auch die Beschaffung einer neuen Wohnung erschwert. Hinzu kommen häufig weitere Schulden, wie Energie, Wasser, usw. Teilweise sind Stromabschaltungen und Wasserabstellungen bereits erfolgt. Wenn Kinder in der Familie sind, schaltet sie zeitnah das Jugendamt ein. Als noch das Sozialamt in der Gemeinde war, wurde häufig im Vorfeld versucht die Miet- und weiteren Schulden zu klären und den Erhalt der Wohnung zu ermöglichen. Sind Familien von Energie- und/oder Wasserabschaltung betroffen, so sucht sie Kontakt zu den Einrichtungen die die Kinder besuchen, um herauszufinden, ob dort bereits Auffälligkeiten, Veränderungen zu beobachten sind.

Frau Grüning: informierte darüber, dass die Stadt Jüterbog ein klares Verfahren diesbezüglich hat. Die Stadt wird immer informiert, prüft den Verdacht auf Kindeswohlgefährdung und gibt Informationen an das Jugendamt, damit dieses möglichst frühzeitig Kontakt mit den Familien aufnehmen kann.

Frau Klink: ergänzte, dass in diesem Zusammenhang sehr häufig die belastenden Schulden den Bezug einer neuen Wohnung erschwere.

Frau Bode teilte mit, dass sich junge Erwachsene obdachlos melden, um dann Anspruch beim Jobcenter (ehemals Arge) auf eine eigene Wohnung zu erhalten. Diese Empfehlung sei sogar von der Behörde den jungen Erwachsenen gegeben worden. Das bringt sie in die Situation, den Wohnungslosen Wohnungsangebote zu unterbreiten, die wiederum durch das Jobcenter abgeprüft werden müssen. Eine schnelle Hilfe bei notwendigen drei Angeboten ist dann nicht machbar, da der Wohnraum nicht immer in der Gemeinde vorhanden ist. Sie wünscht sich ein besseres Miteinander und nicht den Kontakt über ein hin und her der Betroffenen.

Frau Guttman: teilte mit, dass das Jobcenter heute klare und andere Verfahren habe.

Frau Becker-Heinrich: ergänzte, dass Frau Guttman inzwischen als Ansprechpartner des Netzwerkes Kinderschutz vom Jobcenter benannt wurde. Diese bietet inzwischen die Möglichkeit, über sie Probleme anzusprechen und klären zu können. Ihre Kontaktdaten sind allen Netzwerkpartnern mit der Kontaktdatenliste bekannt.

4. Rückmeldung aus dem Sozialraum

Info von Frau Becker-Heinrich, dass Mitteilungen bei Verdacht auf KWG oder wichtigen Terminen an die Mitarbeiterinnen des Jugendamtes immer cc an Frau Lindner und Frau Müller gehen sollten. Hintergrund ist die Tatsache, dass bei Erkrankung einer Mitarbeiterin kein Kollege Zugriff auf deren Rechner hat. Das führt im ungünstigsten Fall zur Nichtbearbeitung über einen längeren Zeitraum.

Frau Zimmermann-Geib informierte über Angebote und Termine des Netzwerkes Gesunde Kinder. Die Informationen sind Anlage des Protokolls. Weiterhin bat sie um Rückinfo an sie, welche Partner des Netzwerkes Kinderschutz auch Materialien des Netzwerkes Gesunde Kinder auslegen oder weitergeben könnte. Bisher seien ca. 200 Familien im Netzwerk Gesunde Kinder, nun sind die Koordinatorinnen wieder auf Patensuche, daher erfolgte die Bitte, dass dies ebenfalls weitergetragen werden soll, um neue Paten zu finden.

Frau Becker-Heinrich teilte mit, dass ihr wiederholt auffiel, dass die beiden Netzwerke verwechselt werden. Sie bittet die Netzwerkpartner, dass diese in der Aufklärung unterstützend agieren.

Frau Dickhoff teilte mit, dass die DRK Frühförderstelle das Angebot von PEKIP Gruppen für alle interessierten Eltern vorhält. Anfragen und Anmeldungen sind an die DRK Frühförder- und Beratungsstelle in Luckenwalde zu richten und werden ab sofort entgegen genommen. Pro Kurs entstehen für die Teilnehmer 80,-€, die jedoch von den Krankenkassen co-finanziert werden. Vorab sollten sich Interessierte bei ihren Krankenkassen erkundigen, da es unterschiedliche Erstattungen von 20-80% gäbe.

Frau Rüdiger ist seit ca. einem Monat als Sozialarbeiterin an der Förderschule in Jüterbog und befindet sich in der Einarbeitung. Sie war zuvor im Gesundheitsamt der Kreisverwaltung TF tätig.

Frau Kläber teilte mit, dass die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt bezüglich einer Mitteilung auf Kindeswohlgefährdung unbefriedigend verlaufen sei.

Absprache: Sie wird den Fall an Frau Lindner mailen, cc. Fr. Becker-Heinrich, damit die Unzufriedenheit angesprochen und die Situation geklärt werden kann.

Weiterhin wünscht sie sich Infos, wann eine Familienhelferin in einer Familie tätig ist, um bei Bedarf mit dieser Kontakt aufnehmen zu können.

Thema Datenschutz wurde angesprochen und die Empfehlung, dass es immer wichtig ist, die Familien selbst zu fragen. Andere Institutionen können nur mit Zustimmung der Personensorgeberechtigten solche Informationen geben. Im Rahmen der Elternarbeit ist es wichtig, auch diese Fragen direkt an die Familien zu richten.

Frau Scheer ergänzte, dass die SPFH die Möglichkeit hat, auch auf die Schule zuzugehen, wenn dies in der Hilfeplanung so festgehalten wurde.

Frau Grüning fragte Frau Kläber nach dem Interesse, die Information zu erhalten.

Frau Kläber sieht in der SPFH einen Ansprechpartner in der Zusammenarbeit mit der Familie.

Frau Grüning wies darauf hin, dass über die Hilfeplanung die Aufgabenstellung der SPFH festgelegt ist. Dazu gehöre nicht die Verantwortung für Schultaschen und weiteres.

Frau Kaleita ergänzte, dass sie als SPFH zwar diese Informationen aufnehmen und mit der Familie thematisieren kann, dass aber letztlich jede Familie selbst in der Verantwortung bleibe.

Frau Dickhoff teilte mit, dass sie dem Jugendamt positive Rückmeldung geben möchte, denn die Zusammenarbeit habe sich sehr verbessert. Es gehen inzwischen rasch die Rückmeldungen mit Angabe der Zuständigkeit nach Mitteilung auf KWG ein.

Herr Lanzky ergänzte, dass alle Beteiligten die Eltern auf Ihre Verantwortung aufmerksam machen und sie unterstützen sollten, auch die Vernetzung der Fachleute zuzulassen. Den Eltern muss aufgezeigt werden, welchen Gewinn sie vom Infoaustausch durch die Fachkräfte für die Familie erhalten.

5. Fortbildungsangebote

Angebote des Netzwerkes Kinderschutz

Thema „Erfolgreiche Kommunikation und Gesprächsführung“ in Zusammenarbeit mit der VHS Frau Wolf ,

von Mi.25.05.- Fr. 27.05.2011

in der VHS TF, Dessauerstr. in Luckenwalde.

Das Angebot ist inzwischen voll belegt, eine Nachrückerliste ist angelegt.

Entwicklung kindlicher Sexualität, Frau Anke Giesen (SFBB)

Freitag, 08.04.2011 von ca. 09:00-13:00 Uhr

In der Kreisverwaltung Luckenwalde

Anmeldungen sind erfolgt und alle Plätze inzwischen belegt.

Sexueller Missbrauch, Frau Dr. Elke Nowotny (Kinderschutz-Zentrum Berlin)

Freitag, 11.11.2011 von ca. 09:00-13:00 Uhr

In der Kreisverwaltung Luckenwalde

Anmeldungen laufen bereits, noch sind Plätze frei, bitte Info an Mitarbeiter weitergeben.

Externe Angebote

3. Weiterbildungskurs: Eltern-Medien-Beratung 2011

Themen sind:

- Film und Fernsehen - Fernsehen, das Leitmedium in der Familie
- Komm wir gehen ins Internet - surfen, chatten, web 2.0 und social communities
- Computerspiele, Konsolen und andere multimediale Spiele
- Das Handy als Multimedia-Gerät: immer erreichbar und permanent online
- Chancen und Risiken der Medien: exzessive Mediennutzung, Cybermobbing, Datenschutz...
- Jugendmedienschutz - Grundlagen und Praxis
- Arbeitstechniken und Methoden in der Eltern- und Familienbildung und Beratung

Anmeldung:

bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Brandenburg e.V.

Breite Straße 7 A - 14467 Potsdam

e-mail: akjs-brandenburg@t-online.de oder telefonisch 0331 - 951 3170

Ausführliche Informations- und Bewerbungsunterlagen unter

www.jugendschutz-brandenburg.de

Fortbildung der FHP: Qualifizierte Kinderschutzfachkraft, , siehe Flyer

Fortbildungen des SFBB: wurden bereits über E-Mailverteiler bekanntgegeben und sind unter den Seiten des SFBB ersichtlich. Info, dass bei zu geringer Anmeldezahl

Kurse entfallen, daher Bitte um rechtzeitige Anmeldung.

Frau Grüning teilte mit, dass über sie noch einige Fortbildungskataloge des SFBB erhältlich sind.

Fortbildungen der VHS: siehe Internetseite des Landkreises Teltow-Fläming

Fortbildung des JHC: Kinderschutzfachkraft, Düsseldorf, 19.05.-20.05.2011, 340,00 € (siehe Aushang)

Fortbildungsangebot/Führung im Botanischen Garten Potsdam: Dienstag, 21. Juni 2011 um 17:00 Uhr Maulbeerallee 2, 14469 Potsdam „Drogenpflanzen - Rausch und Wirklichkeit“, Eintritt: 7,-€

Dr. Bernd Weber und Dr. Michael Burkart,

Überregionalen Arbeitskreis Kinderschutz des STIBB:

Voranmeldungen per E-Mail oder per Telefon)

Uhrzeit: 10.00 bis 16.00 Uhr

Ort: Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg, SFBB – Jagdschloss Glienicke – Turnhalle –, Königsstraße 36 B, 14109 Berlin

13.04.2011,

Thema: „Das Opferentschädigungsgesetz OEG – besondere Formen der Unterstützung bei Opfern v. Gewalt“

01.06.2011 Thema: Umgang mit Datenschutz im Rahmen von Kindeswohlgefährdung

Ref. Herr Karsten Neumann Landesbeauftragter für Datenschutz M-V a. D.

Herr Norman Beuerle, Landesdatenschutzstelle Brandenburg

Ort: SFBB, Berlin (Jagdschloss Glienicke)

31.08.2011 Thema: Das traumatisierte Kind – neue Erkenntnisse und Erfahrungen im fachlichen Austausch

Ref. Frau Dorothea Weinberg, Dipl.-Psychologin und Trauma-Psychotherapeutin

Ort: SFBB, Berlin (Jagdschloss Glienicke)

23.11.2011 Thema: Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Institutionen

Ref. Dr. Heinz Kindler, Deutsches Jugendinstitut München

Ort: SFBB, Berlin (Jagdschloss Glienicke)

6. Sonstiges

- Bundeskinderschutzgesetz

Der Regierungsentwurf ist am 16.03.2011 beschlossen worden. Die Inkraftsetzung soll zum 01.01.2012 erfolgen. Nach Veröffentlichung des Gesetzestextes wird das Thema in der Regionalkonferenz vertiefend bearbeitet. Die AG Kinderschutz hat sich erstmals am Freitag, 25.02.2011 mit dem Thema befasst, wobei das Hauptaugenmerk auf den Einsatz der Kinderschutzfachkräfte gerichtet war. Der Regierungsentwurf vom 16.03.2011 wird als PDF an das Protokoll angefügt.

- Infos/Materialien

Buchempfehlungen:

Kindheit mit psychisch belasteten und süchtigen Eltern – Kinderschutz durch interdisziplinäre Kooperation

Hrsg. Die Kinderschutz-Zentren, Köln Februar 2011

Preis 12,95€

Zöllner, Elisabeth, Schick, Andreas & Bischoff, Anne (2008)

Unschlagbar- Das Buch, das dich gegen Gewalt stark macht.

Frankfurt am Main, S.Fischer Verlag GmbH

Dr. Rolf Heidenreich, Gerhart Rohr (2007)

Ohne Angst in der Schule

Probleme erkennen und erfolgreich überwinden

Urania Verlag Stuttgart

Infos:

Kulanz bei Schülerbeförderung (Artikel aus der MAZ vom 09.02.2011)

Beratung bei sexuellem Missbrauch durch Verein „Traudichma“ in Kreisverwaltung TF, jeden dritten Donnerstag im Monat (MAZ 04.02.2011 und Blickpunkt 02.04.2011)

Frau Spark bietet die Vorstellung des Vereins für Netzwerkpartner an. Interessenten melden sich bitte bei Frau Becker-Heinrich. Bei ausreichender Nachfrage wird sozialraumübergreifend ein Termin mit Frau Spark vereinbart.

"Arbeitsschritte" - Praktische Hilfe für pädagogische Fachkräfte an Schulen und in der Jugendarbeit



Im Rahmen unserer Anti-Mobbing-Projektstage an Schulen und im Zusammenwirken mit Schülerinnen und Schülern sowie mit Kolleginnen der beteiligten Schulen entwickeln wir Präventionsansätze gegen "Mobbing", um dieser Form der Ausgrenzung entgegen zu wirken. Als Ergebnis dieser Arbeit mit den Schulen haben wir eine praktische Hilfe mit erprobten Methoden der Mobbing-Prävention erstellt. Wir nutzen spiel- und theaterpädagogische Methoden sowie Medien für eine konstruktive Auseinandersetzung mit diesen Themen.

Bitte 8 € Schutzgebühr überweisen auf das Konto der AKJS Brandenburg, Konto Nr.3323700, Sozialbank Berlin BLZ 10020500 mit dem Stichwort "Broschüre" und einen frankierten (1.45€), beschrifteten Din-A4-Umschlag an die AKJS senden (Breite Straße 7a, 14467 Potsdam).

Materialien in der Auslage:

Flyer des Netzwerkes Kinderschutz

Broschüren:

- Elterngeld-Elternzeit
- Klare Sache-Jugendarbeitsschutz und Kinderarbeitsschutzverordnung
- Ein Angebot an Alle – Alkohol, Medikamente, Tabak, ...
- It's my turn – Infos für Jugendliche mit psychisch kranken Eltern
- Nicht von schlechten Eltern (Thematik Kinder psychisch kranker Eltern)
- Jetzt bin ich dran (Kinder von psychisch kranken Eltern)
- Alleinerziehend Nr. 19 (Ratgeber)
- Starke Kinder Ein Magazin für Eltern (BZgA)
- Kinderschutz geht alle an (Hg. Polizei u. weißer Ring)
- Handy ohne Risiko?
- Familienbroschüre Wegweiser für den Landkreis Teltow-Fläming

• Allgemeine Infos

Kinderbetreuungskosten künftig besser steuerlich absetzbar

Mit dem am 2. Februar 2011 im Kabinett beschlossenen Entwurf zum Steuervereinfachungsgesetz werden erhebliche Verbesserungen für Familien erzielt. Künftig können alle Eltern Kinderbetreuungskosten steuerlich absetzen. Zudem wird die Beantragung des Kindergelds vereinfacht.

Die Neuerungen im Einzelnen: Kinderbetreuungskosten sind steuerlich absetzbar: Bisher waren Betreuungskosten für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren nur dann als Werbungskosten absetzbar, wenn beide Eltern arbeiten. Alle anderen Eltern mussten besondere persönliche Umstände nachweisen, um die Betreuungskosten absetzen zu können. Jetzt wird der Kreis der Berechtigten erheblich ausgedehnt und zugleich die Steuererklärung um eine Seite verkürzt. Damit können grundsätzlich alle Eltern zwei Drittel der Betreuungskosten pro Kind und höchstens 4.000 Euro als Sonderausgaben von der Steuer absetzen. Dies gilt für alle Kinder bis 14 Jahren und bei körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen bis 25 Jahren.

Der Wechsel von den Werbungskosten zu den Sonderausgaben führt auch nicht zu höheren Kitakosten. Für alle außersteuerlichen Leistungen gilt: Kinderbetreuungskosten werden bei

der Ermittlung der Einkünfte abgezogen. Die Besserstellung der Familien bei den Betreuungskosten wirkt sich auch auf andere Bereiche aus: Beim BAföG und beim Wohngeld beispielsweise werden künftig die Betreuungskosten von den Einkünften abgezogen, nach deren Höhe sich die Ansprüche richten.

Die Beantragung des Kindergelds wird vereinfacht: Ab 2012 müssen Eltern und volljährige Kinder nicht mehr aufwändig nachweisen, dass das Einkommen des Kindes unter 8.004 Euro pro Kalenderjahr liegt. Stattdessen muss erst nach Abschluss der ersten Berufsausbildung nachgewiesen werden, dass das Kind neben der Ausbildung nicht mehr als 20 Stunden pro Woche erwerbstätig ist.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bmfsfj.de

Auszug aus der Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 2.2.2011

Kinderkommission: Bildung in Schulen und Kindertagesstätten für alle Kinder

Am 26. März 2009 trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft und ist seither geltendes deutsches Recht. Die UN-Konvention ergänzt die allgemeinen Menschenrechte um die Perspektive von Menschen mit Behinderung.

Sie verfolgt ein vollkommen neues Leitbild: die Inklusion. Anders als die Integration, fordert die Inklusion die Anpassung der Gesellschaft an den Menschen mit seinen individuellen Bedürfnissen und nicht umgekehrt. Inklusion bezieht sich auf alle Menschen – sowohl auf benachteiligte Menschen, als auch beispielsweise auf Menschen mit einer Hochbegabung.

Vor allem aus Kindersicht ist es sinnvoll, alle Leistungen für Kinder – unabhängig, ob behindert oder nicht – entsprechend der „Großen Lösung“ unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe zusammenzufassen. „Inklusion“ heißt aber auch, Kinder mit Behinderung und von Behinderung bedrohte Kinder so früh wie möglich entsprechend der Frühförderungsverordnung zu fördern.

Gemäß Artikel 24 UN-Behindertenrechtskonvention muss ein inklusives Bildungssystem geschaffen werden, bei dem Kinder mit Behinderungen von Anfang an selbstverständlich in das allgemeine Schulsystem einbezogen werden. Das gilt ebenso für die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten.

Die Kinderkommission hat sich intensiv mit dem inklusiven Ansatz befasst und auf der Grundlage von Expertengesprächen in ihrer Stellungnahme einen weitreichenden Forderungskatalog aufgestellt. Die Stellungnahme können Sie unter folgendem Link abrufen: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Empfehlungen_und_Stellungnahmen/17-08_Stellungnahme_Kinder_mit_Behinderungen.pdf

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Bundestages vom 28.1.2011

Im Land Brandenburg wird zunächst in ausgewählten Schulbezirken als Projekt die Inklusion erprobt. Nach Projektende wird über das weitere Vorgehen entschieden. Die anwesenden Netzwerkpartner äußerten sich kritisch zur Umsetzbarkeit der Inklusion bei gleichbleibender Personalsituation.

Veröffentlichungen der Fachstelle Kinderschutz:

- Info aktuell, Ausgabe 17, Oktober 2010: Kooperation Schule und Jugendamt
- Info aktuell, Ausgabe 18, Januar 2011, Zusammenarbeit im Kinderschutz: Jugendamt und Sportvereine
- Arbeitsmaterial: Empfehlung zum Verfahren der Jugendämter bei Wechsel der Zuständigkeit im Zusammenhang mit der Sicherung des Kindeswohls (07.01.2011)

Internet: Fachstelle-Kinderschutz.de

Bitte Vormerken: die nächste Regiko im SR IV ist am 26.10.2011 von 09:00 – 11:00 Uhr in der Kastanienschule, Ziegelstr. 20, 14913 Jüterbog.

Protokollführung: Heike Becker-Heinrich